



Piratenfraktion • Postfach 7121 • 24171 Kiel

**PRESSEMITTEILUNG von Patrick Breyer  
(PIRATEN)**

Piratenfraktion im  
Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Postfach 7121  
24171 Kiel  
Tel. (Pressestelle): 04 31 - 9 88 13 03  
Fax: 04 31 – 530 04 16 31  
[www.piratenfraktion-sh.de](http://www.piratenfraktion-sh.de)  
Twitter @fraktionSH

Kiel, 31.10.2012

### **Erfolg für Schleswig-Holsteins Bürger: Mehr direkte Demokratie im Norden**

Der heute vorgestellte Gesetzentwurf für Bürgerbeteiligung und vereinfachte Bürgerbegehren ist ein großer Erfolg für die 25.000 Bürgerinnen und Bürger, die 2011 für mehr direktdemokratische Mitbestimmung in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreisen unterschrieben haben. Geringere Hürden für Bürgerbegehren und die Mitentscheidung über die Planung von Großprojekten wie Kraftwerken oder Einkaufszentren stärken den Einfluss der Bürger auf politische Entscheidungen deutlich. Damit hat sich die von sechzehn Bündnispartnern (u.a. der Piratenpartei) getragene Volksinitiative für mehr Demokratie in Schleswig-Holsteins Kommunen zu einem großen Teil durchgesetzt.

Obwohl wir PIRATEN den vorgelegten Gesetzentwurf unterstützen, bleibt er dennoch weit hinter den Erwartungen der Bürger zurück: Eine Mitentscheidung in Finanzfragen (z.B. Steuersätze) traut die Koalition den Schleswig-Holsteinern weiterhin nicht zu, obwohl die Bürger oft besser haushalten als Politiker. Auch bei der Ausgestaltung von Bauplänen soll die Politik das letzte Wort behalten. Es ist ein Armutszeugnis, dass Schleswig-Holstein weit hinter dem Grad an Mitbestimmung zurück bleiben soll, der sich etwa in Bayern seit Jahren bewährt hat. Dort übersteigt die Zahl an Bürgerentscheiden diejenige in Schleswig-Holstein um ein Vielfaches.

Für uns PIRATEN ist der Kompromiss ein erster Schritt in die richtige Richtung, dem weitere folgen müssen. Insbesondere auf Bundesebene ist die Einführung von Volksentscheiden notwendig, damit Grundsatzfragen wie Bankenrettung oder Bundeswehreinsätze nicht mehr über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden werden können. Aber auch Volksentscheide auf Landesebene müssen erleichtert werden.

Pressestelle: Dr. Stefan Appelius, Tel.: 0171 – 5444282